

Kaum ein Vorwurf hält sich hartnäckiger als jener, Israel führe im Kern einen Krieg gegen den Islam. Ein Blick auf die Institutionen des Landes ergibt ein anderes Bild: staatlich finanzierte Scharia-Gerichte und geschützte islamische Feiertage. Wie verträgt sich das mit der Anklage – und was sagt der Vergleich mit den muslimisch regierten Nachbarstaaten?

Von Mohamed Diwan 

Am 9. Juli 2026 veröffentlichte der israelische Staatspräsident Jitzchak Herzog einen [Beitrag](#) auf X, der binnen weniger Stunden hunderttausendfach angesehen wurde. Die Fotos zeigen eine Szene aus der Präsidentenresidenz in Jerusalem: Männer in schwarzen Richterroben vor israelischen Flaggen, ein festlich gefüllter Saal, Angehörige, die mit ihren Handys filmen – und in der Bildmitte eine Frau mit weißem Hidschab und Richterrobe, die neben dem lächelnden Präsidenten ihre Ernennungsurkunde in die Kamera hält. An diesem Tag, schrieb Herzog, seien fünf neue Kadis – Richter des islamischen Rechts – für Israels Scharia-Gerichte vereidigt worden; besonders bewegt habe ihn die Vereidigung von Rula Masalha-Zahalka, der erst zweiten Kadija in der Geschichte des Landes.

Die Reaktionen fielen bezeichnend aus. Neben den Gratulationen dominierte in den Antworten vor allem Verblüffung. Scharia-Gerichte – in Israel? Präsidenten persönlich vereidigt? Für viele, gerade ausserhalb Israels, passte das Bild zu nichts, was sie über das Land zu wissen glaubten.

## Die Fiktion von Israels Anklägern

Seit Jahren wird, gerade von den lautesten Stimmen der muslimischen Welt, eine Erzählung gepflegt, in der Israel nicht als Staat unter Staaten erscheint, sondern als Feind des Islams schlechthin.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan erklärte im September 2024 vor Absolventen islamischer Schulen, allein ein Bündnis der islamischen Länder könne Israels „Staatsterrorismus“ stoppen. Den Gazakrieg deutete er in derselben Rede ausdrücklich um: kein Krieg zwischen Israel und den Palästinensern, sondern ein Kampf gegen die Muslime. Irans getöteter Oberster Führer Ali Khamenei geht noch weiter. Er feierte das Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 – von den Tätern programmatisch „Al-Aqsa-Flut“ getauft – als verheerenden Schlag gegen den zionistischen Feind, dessen Untergang er seit Jahren als Anliegen der gesamten



islamischen Welt beschwört.

Diese Erzählung hat einen strategischen Vorzug – sie kommt ohne einen Blick ins Innere Israels aus. Denn wer dorthin blickt, findet nicht den unterdrückten Islam der Anklage, sondern eine der grössten und bestgestellten muslimischen Gemeinschaften des Nahen Ostens.

## **Fast jeder fünfte Israeli ist Muslim**

Nach den jüngsten Daten des israelischen Zentralbüros für Statistik (CBS), veröffentlicht im Mai 2026 anlässlich des islamischen Opferfestes Eid al-Adha, lebten Ende 2025 rund 1,849 Millionen Muslime in Israel – etwa 18,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die grösste muslimische Gemeinde des Landes befindet sich in Jerusalem mit rund 395.200 Menschen; Muslime stellen dort mehr als ein Drittel der Stadtbevölkerung. Die muslimische Bevölkerung wächst weiterhin schneller als die jüdische, wenn auch mit sinkender Rate. Aufschlussreich sind vor allem die Bildungsdaten: Unter muslimischen Schulabgängerinnen nehmen inzwischen über 42 Prozent ein Hochschulstudium auf, mehr als doppelt so viele wie unter den jungen Männern. Knapp 50.000 muslimische Studierende waren im Studienjahr 2024/25 an israelischen Hochschulen eingeschrieben.

Man halte diese Zahlen einen Augenblick gegen die These vom islamfeindlichen Staat. Ein Regime, das eine Religion unterdrücken wollte, hätte kaum eine wachsende, zunehmend akademisch gebildete muslimische Bevölkerung vorzuweisen, deren Lebenserwartung – 77,4 Jahre bei den Männern, 83,1 bei den Frauen – jene fast aller Nachbarstaaten übertrifft. Muslime sind in Israel Staatsbürger im vollen Sinn des Wortes: mit Wahlrecht und Reisepass, mit Zugang zur Sozialversicherung, zum staatlichen Gesundheitssystem und zu sämtlichen Gerichten.

Arabische Parteien sitzen seit der Staatsgründung 1948 in der Knesset. Zwischen 2021 und 2022 gehörte mit der islamisch-konservativen Ra'am-Partei unter Mansour Abbas erstmals eine dezidiert religiös-muslimische Partei einer israelischen Regierungskoalition an. Das Spiegelbild dazu: keine nichtmuslimische, geschweige denn eine jüdisch-religiöse Partei als Koalitionspartner in Ankara, Teheran oder Riad. Der Gedanke verbietet sich – und zwar deshalb, weil die diese Staaten ihre jüdischen Gemeinden im 20. Jahrhundert in die Flucht getrieben haben.

## Das System der Religionsgemeinschaften

Israels Religionsverfassung ist ein Erbe zweier Imperien. Das Osmanische Reich organisierte seine religiösen Minderheiten im sogenannten Millet-System: Jede anerkannte Glaubensgemeinschaft regelte ihr Personenstandsrecht – von der Eheschliessung über die Scheidung bis zum Erbfall – nach eigenem religiösem Recht vor eigenen Gerichten. Die britische Mandatsmacht übernahm dieses System nach 1917, der Staat Israel erkannte es bei seiner Gründung 1948 ausdrücklich an.

Der Islam ist damit in Israel weit mehr als eine geduldete Privatsache. Er ist eine staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft mit eigener, in das israelische Justizsystem eingebauter Gerichtsbarkeit. Das Qadis-Gesetz von 1961 regelt Ernennung, Status und Besoldung der muslimischen Richter. Muslimische Feiertage gelten für muslimische Arbeitnehmer als gesetzliche Ruhetage; der Staat bezahlt Imame und unterhält zahlreiche Moscheen. Hunderte Gotteshäuser verteilen sich über das Land, von der Al-Dschassar-Moschee in Akko über Jaffa, Haifa und Nazareth bis in die Beduinenstädte des Negev. Der Gebetsruf erklingt in israelischen Städten täglich.

## Scharia in Israel

Aber das stärkste Gegenargument zur These vom „islamfeindlichen jüdischen Staat“ ist eben dieses Netz der Scharia-Gerichte. Israel unterhält neun regionale Scharia-Gerichte – unter anderem in Jerusalem, Jaffa, Haifa, Akko, Nazareth, Taibe und Be’er Scheva – sowie ein Scharia-Berufungsgericht. Wer dabei an private Schiedsstellen denkt, irrt: Diese Gerichte gehören zur staatlichen Justiz. Ein staatliches Auswahlkomitee, in dem auch Knesset-Abgeordnete sitzen, ernennt die Kadis; ihre Gehälter kommen aus dem Staatshaushalt, ihren Amtseid legen sie vor dem Staatspräsidenten ab.

Im Mai 2022 wurde ausserdem Khaled Kabub, geboren 1958 in Jaffa, als erster Muslim auf einen ständigen Sitz am Obersten Gerichtshof Israels berufen – dem höchsten Gericht des Landes, das auch über die Regierung urteilt und deren Entscheidungen regelmässig kassiert. Kabub, zuvor Vizepräsident des Bezirksgerichts Tel Aviv und Experte für Wirtschaftsstrafrecht, wurde ebenfalls in der Präsidentenresidenz vereidigt, im Beisein von Präsident Herzog, der Gerichtspräsidentin Esther Hayut und Justizminister Gideon Sa’ar.

Kabub ist kein Einzelfall. Davon zeugen muslimische Abgeordnete in der Knesset, muslimische Diplomaten im israelischen Auswärtigen Dienst, ein erheblicher Anteil arabischer Ärztinnen und Pfleger im Gesundheitswesen, Professoren an den Universitäten, Bürgermeister – und Offiziere, vor allem Beduinen, die freiwillig dienen, denn vom Wehrdienst sind Muslime grundsätzlich befreit. Gleichzeitig existiert eine nicht geringe Zahl freiwilliger Soldaten aus der arabisch-muslimischen Bevölkerung – besonders unter Beduinen, aber auch unter anderen arabischen Muslimen –, die in Kampfeinheiten, Grenzüberwachung und anderen Bereichen der Streitkräfte dienen.

## **Religionsfreiheit in Israel – kaum eine unter muslimischer Herrschaft**

All das könnte man als selbstverständlich und das Selbstlob eines Staates abtun. Der eigentliche Prüfstein liegt deshalb im Vergleich mit jenen Ländern, in deren Namen die Anklage gegen die israelische Islamophobie erhoben wird.

Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) führt in ihrem Bericht 2026 gleich achtzehn Staaten als „Countries of Particular Concern“ – als Länder mit besonders schweren, systematischen Verletzungen der Religionsfreiheit. Auffällig viele davon sind muslimisch geprägte Staaten: Saudi-Arabien, Iran, Afghanistan, Libyen, Pakistan, Syrien, Tadschikistan und Turkmenistan. Auf der zusätzlichen Beobachtungsliste (Special Watch List) stehen unter anderen Algerien, Ägypten, Indonesien, Irak, Malaysia, Katar, die Türkei und Usbekistan – ebenfalls überwiegend islamische Länder. Israel taucht auf keiner der beiden Listen auf. Der Abfall vom Islam kann in mehreren dieser Staaten strafrechtlich verfolgt werden, im Extremfall mit dem Tod.

In Israel dagegen sind alle Religionen legal. Die Bahai, deren Weltzentrum sich in der nord-israelischen Hafenstadt Haifa befindet, praktizieren dort ebenso unbehelligt wie Christen und Drusen. In den Sanktionskategorien der USCIRF taucht Israel nicht auf. Fazit ist: Ein iranischer Sunnit, ein saudischer Schiit, ein türkischer Alevit und ein pakistanischer Ahmadi genießen in ihren eigenen, muslimisch regierten Heimatländern weniger religiöse Freiheit, als jeder von ihnen in Israel hätte, wenn er dort leben würde.

## Islam als Teil des Staates, nicht als Religion im Verborgenen

Dass staatlich finanzierte Scharia-Gerichte selbst bei Freunden Israels Erstaunen auslösen, ist berechtigt: Wie kann ausgerechnet Israel, ein Staat, dem im Namen einer jüdenfeindlich gedeuteten Scharia Hass und Vernichtung angedroht werden, selbst solche Gerichte unterhalten?

Die Antwort liegt in der Kontrolle. Israel überlässt die Auslegung des islamischen Rechts nicht sich selbst, sondern bindet sie in seine staatliche Ordnung ein: Der Staat ernennt die Kadis, besoldet sie und unterwirft ihre Urteile dem israelischen Gesetz und dem Obersten Gerichtshof. Radikale, gegen die Rechtsordnung gerichtete Auslegungen finden so keinen institutionellen Halt.

Dahinter steht eine Einsicht, die der deutsch-ägyptische Autor Hamed Abdel-Samad in ein Bild gefasst hat: Er verglich den Koran mit einem „grossen Supermarkt“, in dem sich Mitgefühl und Hass, Frieden und Gewalt, Toleranz und Intoleranz nebeneinander finden. Wenn aber beide Lesarten im Text angelegt sind, entscheidet nicht die Schrift allein, sondern der Rahmen darüber, welche Lesart sich durchsetzt.

Wie wandelbar dieser Rahmen ist, zeigte sich nach den Abraham-Abkommen von 2020: In Ländern wie Marokko und den Vereinigten Arabischen Emiraten, die ihre Feindschaft gegen den jüdischen Staat jahrzehntelang religiös begründet hatten, wurde plötzlich die Annäherung religiös begründet.

In Grossbritannien dagegen operieren nach Schätzungen Dutzende von Scharia-Räten weitgehend im Verborgenen. Nicht einmal ihre Zahl lässt sich verlässlich beziffern; der Europarat rügte das Fehlen jeglicher Transparenz. Das Ergebnis ist eine Grauzone, die sich staatlicher Kontrolle vollständig entzieht. Hier liegt der entscheidende Unterschied: Grossbritannien hat den Islam sich selbst überlassen, während Israel ihn seinen Gesetzen unterwirft und seine Richter staatlich vereidigt. Die europäischen Länder, in denen der Islam eine immer grössere Rolle spielt, täten gut daran, sich dies zum Vorbild zu nehmen.

---

<sup>i</sup> Mohamed Diwan ist ein arabischer Politanalyst. Er lebt in der Schweiz.